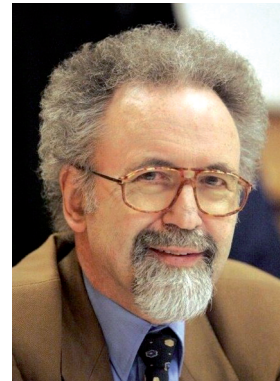


## Eurokrise und Arbeitsrecht

Die Rettung und Stabilisierung des Euro ist Aufgabe der Regierungen, der EU-Instanzen und auch der Parlamente. In Deutschland hat das *BVerfG* gleichfalls ein Wort mitzureden. Unter den Wissenschaftlern sind die Ökonomen gefragt, und sie melden sich lautstark zu Wort. Bei den Juristen sind die Verfassungs- und die Wirtschaftsrechtler zuständig. Wer sich mit Arbeitsrecht befasst ist nicht betroffen. Man kann sich weiter ungestört über all jene Spezialfragen Gedanken machen, die bisher noch keine höchstrichterliche Klärung erfahren haben.

Die Idylle könnte plötzlich heftig gestört werden. Der Arbeitsmarkt ist eine abhängige Größe. Gerät der Markt für Güter und Dienstleistungen ins Ungleichgewicht, ist auch auf dem Arbeitsmarkt mit erheblichen Verwerfungen zu rechnen. In den Krisenstaaten der EU gibt es hierfür eine unglaubliche Menge an Anschauungsmaterial, ohne dass man dies bei uns ernsthaft zur Kenntnis genommen hätte. Mehr Überstunden werden zugelassen, die Höchstarbeitszeiten nach oben verschoben, die Befristung wird erleichtert, ebenso der Personalabbau durch Kündigung. Ein „Arbeitspapier“ des Europäischen Gewerkschaftsinstituts über „Arbeitsrechtsreformen in Krisenzeiten“ gibt einen informativen Überblick ([www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)). Aus Griechenland hört man nicht nur von prozentualen Herabsetzungen etwa der Tariflöhne, die uns an Brüning'sche Notverordnungen erinnern; auch das System der Lohnverhandlungen als solches erfährt grundlegende Veränderungen. Firmentarife, die unter dem Niveau der Flächentarife liegen, sind für die Arbeitgeberseite jederzeit erreichbar. Fehlt eine gewerkschaftliche Präsenz im Unternehmen, kann sich eine „Arbeitnehmervereinigung“ bilden, die dann die Rolle des Tarifpartners übernimmt. Eine Wiedergeburt des „Werkvereins“, den wir aus der Zeit vor 1918 kennen, nur dieses Mal ausdrücklich vom Staat gefördert. Das alles soll die Lohnstückkosten senken und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Nur: Man kann vielleicht Rohstoffe, Grundstückspreise und Maschinen künstlich verbilligen, aber bei Menschen ergeben sich „Nebeneffekte“: Wer für 30% weniger Lohn arbeiten muss, weil eine aus fernen Ländern kommende „Troika“ es so will, wird je nach Temperament wütend, frustriert oder verzweifelt sein, produktiver arbeiten wird er nicht. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen dies: Die griechische Wirtschaft ist bisher immer weiter geschrumpft. Früher hätte man die Drachme abgewertet und die importierten Waren wären teurer geworden; das wäre sehr viel leichter zu ertragen gewesen.

Läuft alles so weiter wie bisher, wird die Krise auch uns erreichen. In der milderen Form wird dies dadurch geschehen, dass der Export zurückgeht, weil in zahlreichen EU-Ländern keine kaufkräftige Nachfrage mehr existiert. In der schlimmeren Form wird der Euro zerbrechen und eine hoch bewertete D-Mark den Export kaputt machen. Wollen wir dem einfach zusehen? Auch Arbeitsrechtler haben Grund, sich in die Euro-Debatte einzumischen.



*Professor Dr. Wolfgang Däubler, Bremen*